



**Steffen Lehndorff:**  
Gewerkschaften in der EU

**Otto König/Richard Detje:**  
Sozialpartnerschaft ade?

Beiträge u.a. von

Gine Elsner, Stephanie Odenwald, Thomas Kuczynski, Wolfgang Müller, Hinrich Kuhls, Joachim Bischoff, Axel Troost/Reinold Ötsch, Erhard Korn

**Forum  
Gewerkschaften**

**BEN  
JENNINGS**

SORRY,  
SEAT'S TAKEN

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

Zum Beispiel zu

## **Bildung auf einen Blick 2019**

Deutschland reproduziert und  
verschärft nach wie vor in seinem  
Bildungswesen die soziale Spaltung  
in der Gesellschaft.

Zu den Fed-Zinssenkungen:

## **Vorbeugung gegen die Talfahrt der Ökonomie**

Die erneute Leitzinssenkung der US-  
Notenbank hat den amerikanischen  
Präsidenten Donald Trump keines-  
wegs zufriedengestellt. Er erneuerte  
seine grundsätzliche Kritik an der  
Politik der Notenbank.

Oder zum Nahen & Mittleren Osten

## **Maximaler US-Druck ... gegen missliebige Energieproduzenten**

Wer sich durch die Initiative von  
Emmanuel Macron im Rahmen des  
G7-Gipfels in Biarritz, die beiden  
Kontrahenten im USA-Iran-Kon-  
flikt einander wieder näher zu brin-  
gen, Hoffnungen auf Verhandlung-  
gen zu einer Krisenlösungen gemacht  
hatte, wurde mit dem Drohnen- und  
Raketenangriff auf das Herzstück der  
saudi-arabischen Erdölindustrie ei-  
nes Besseren belehrt.

## **Dafür brauchen wir Unterstützung!**

Wie Abonent\*innen und  
Leser\*innen das konkret machen  
könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## **Krisenherde**

Wolfgang Müller: Mit Mao-Zitaten und US-Flaggen gegen China  
Die Demonstrationen in Hongkong und ihre Hintergründe ..... 2

Hinrich Kuhls: Die Staats- und Verfassungskrise im Vereinigten Königreich  
Der Chaos-Brexit als Souveränitätsfalle und ökonomische Katastrophe ..... 7

## **Sozial-ökologische Transformation**

Redaktion Sozialismus:  
Nachhaltigkeitsrevolution und Green New Deal ..... 13

Axel Troost/Reinald Ötsch:  
CO<sub>2</sub>-Preis – weder Superheld noch Superschurke ..... 19

Joachim Bischoff: Ziel – eine ausgewogene Wirtschaft – was kümmert uns da  
ein Defizit? Anmerkungen zur Modern Monetary Theory ..... 21

Michael Wendl:  
Geldschöpfung und Geldpolitik ..... 26

Bernhard Müller: »Altersarmut wird uns mit Wucht überrollen«  
Neue empirische Befunde ..... 32

## **DDR-Bilanz**

Thomas Kuczynski: Woran ist der Sozialismus in der DDR gescheitert?  
Was bei einer Wirtschaftsgeschichte bedacht werden muss ..... 39

## **Forum Gewerkschaften**

Otto König/Richard Detje: Sozialpartnerschaft adé? Im Windschatten des  
Abschwungs – Arbeitgeber-Angriffe auf Mitbestimmung und  
Flächentarifverträge ..... 46

Steffen Lehndorff: Aus der Balance geraten. Das Verhältnis von  
Gewerkschaften, Tarifvertragssystemen und Staat in der EU ..... 51

## **Geschichte und Feminismus**

Gine Elsner: »Gestern haben wir angesegelt«  
Die deutsche Wehrmacht in Norwegen ..... 58

Erhard Korn: 100 Jahre Rotes Wien  
Ein Beispiel linker Kommunalpolitik 1919-1934 ..... 60

Stephanie Odenwald: Feminismus für die 99 Prozent (zu Arruzza/  
Bhattacharya/Fraser, Feminism for the 99%. A Manifesto) ..... 66

## **Impressum | Veranstaltungen | Film**

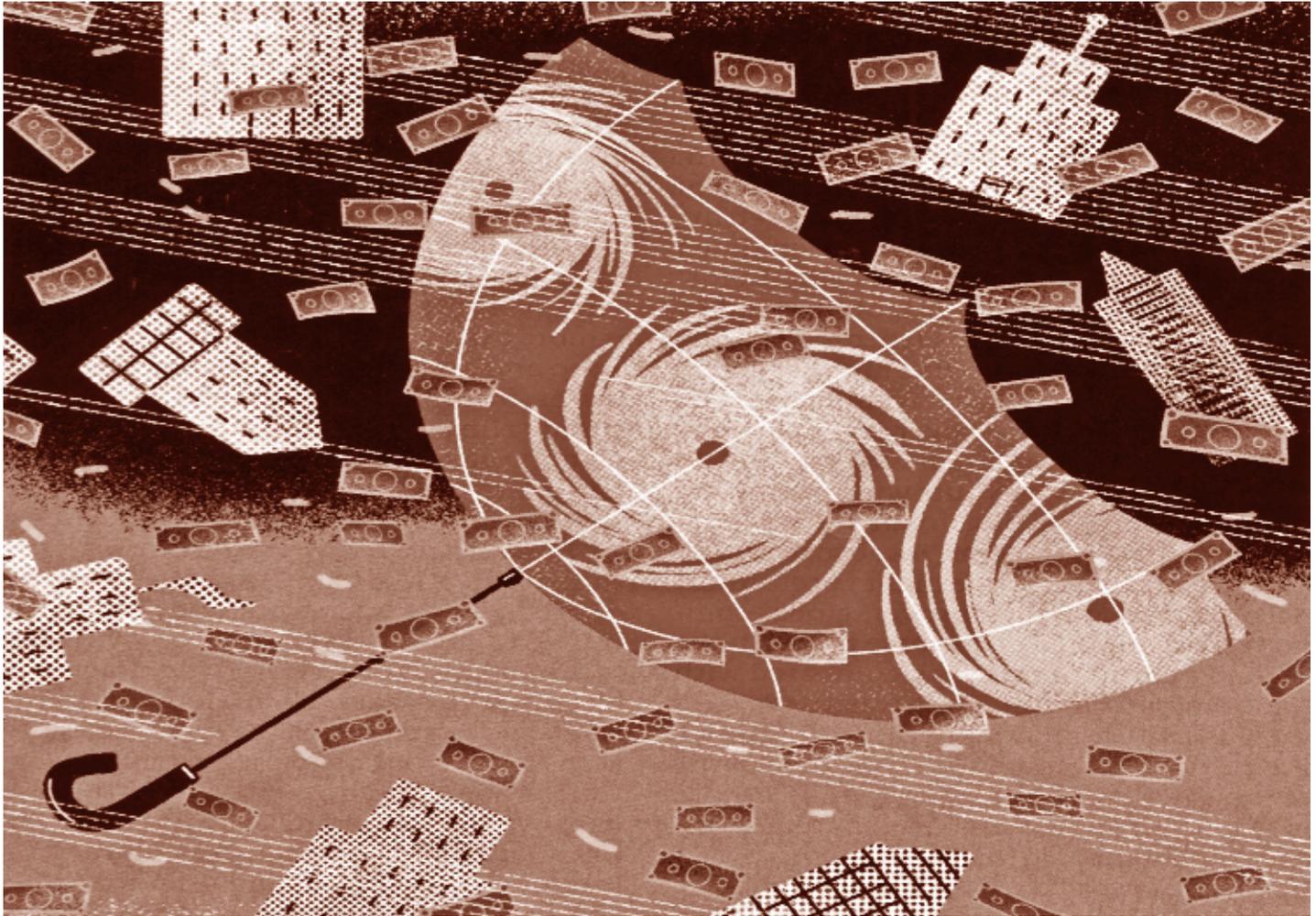
Impressum ..... 67

Veranstaltungen & Tipps ..... 68

Marion Fisch: Und der Zukunft zugewandt (Filmkritik) ..... 69

# Nachhaltigkeitsrevolution und Green New Deal

Redaktion Sozialismus



Karikatur: Economist

Die Weltwirtschaft leidet seit Jahrzehnten an einer gravierenden Funktionsstörung: der Verflüchtigung des Zinses. Diese Systemstörung hat jetzt eine weitere Dimension erhalten. Die kapitalistische Produktionsweise stößt mehr und mehr an planetare Schranken. Der Klimawandel ist jedoch eine langfristige Ursache-Wirkung-Beziehung. Klimaschutz sorgt nur zum geringsten Teil unmittelbar für eine Verbesserung der Situation. Ein unterlassener Klimaschutz hat häufig keine unmittelbar störenden Auswirkungen. Diese werden erst zeitverzögert offenkundig. Dadurch wird politisches Handeln erschwert. Aktuell sind daher einschneidende Maßnahmen unverzichtbar.

Die Bewegung »Fridays for Future« ist angesichts der Turbulenzen beim Klima zu einem Verstärker für die Kritik seitens der

Naturwissenschaften geworden. »Ich will, dass ihr euch hinter den Bericht zur globalen Erwärmung des Weltklimarates stellt.« (Greta Thunberg) Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen hat in den letzten Monaten den Klimawandel auf die vorderen Plätze der politischen Agenda gerückt.

Aber nicht nur der Klimawandel bedrückt die Bürger\*innen der Berliner Republik. Die sozialen Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Pflege), humanes, bezahlbares Wohnen und die öffentliche Infrastruktur entsprechen nicht mehr den Mindeststandards sowie den Ansprüchen der Mehrheit der Bevölkerung. Letztlich sind diese Defizite das Resultat der Konzeptionen eines Neoliberalismus light (Dritter Weg), die kapitalistische Ökonomie und soziale Demokratie versöhnen zu wollen. Dazu ge-

hörten Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung der Märkte und ein massiver Rückbau des öffentlichen Sektors und der öffentlichen »Infrastruktur«. Die Folgen: wachsende Empörung auf der einen Seite, aber auch Ausbildung von Ressentiments durch die Rechte auf der anderen Seite. Die Erosion der demokratischen Willensbildung und populistische Rückbesinnung auf völkisch-nationalistische Illusionen haben die liberalen Demokratien an den Rand der Handlungsunfähigkeit getrieben.

Die globale Ausweitung von Migration und Flucht, der dramatische Anstieg der Mieten und die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums führen zur Auflösung der Parteiensysteme und zur Erosion der demokratischen Institutionen. Unzufriedenheit und Zukunftsängste dominieren den gesellschaftlichen Diskurs. Die sozial-ökologische Ungleichheit setzt sich in politische Spaltungsprozesse um. Aus Kontrollverlusten in der nationalstaatlichen Politik entstehen Desintegrationserfahrungen bzw. Ängste, verbunden mit dem Gefühl des Kontrollverlustes über das eigene Leben. Unsicherheiten, Ängste, Ausgrenzung und real erfahrene Armut sind der Nährboden für die wachsende Handlungsunfähigkeit und die Ausbreitung autoritärer Regime in Europa.<sup>1</sup>

Das Zusammenfallen einer grundlegenden Funktionsstörung der kapitalistischen Produktionsweise mit der sich abzeichnenden Disruption bei den gesellschaftlichen Produktivkräften (Fossile Energie, Digitalisierung) sowie der Zerstörung des Stoffwechsels zwischen Natur und kapitalistischen Gesellschaften führt zur populären Forderung nach einem Systemwechsel. In Erinnerung an den New Deal in der ersten Großen Weltwirtschaftskrise und dem systematischen Rückbau des globalen Finanzsektors in der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise des 21. Jahrhunderts entstehen Forderungen nach einem Green New Deal.<sup>2</sup> Mit einem erweiterten, koordinierten Politikansatz sollen die Problemfelder

- des Klimawandels,
- des Konfliktes zwischen Stadt und Land,
- der Sicherstellung einer umfassenden Mobilität und
- der Ungleichheit in und zwischen den kapitalistischen Nationen

in einer bewusst gestalteten »großen Transformation« auf die Höhe der gesellschaftlichen Potenziale gehoben werden. Zu dem dringend notwendigen Set an politischen Eingriffen gehören deshalb spezifische Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur (Verkehr, Wohnen), der Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen (Gesundheit, Pflege, Bildung) sowie die Erhöhung des Niveaus der sozialen Mindestsicherungsleistungen. Und da eine ambitionierte Klimapolitik einen radikalen Wandel traditioneller Schlüsselindustrien – insbesondere in der Energiewirtschaft oder der Autoproduktion – mit sich bringt, muss dieser Strukturwandel von einem handlungsfähigen Staat durchgesetzt werden. Die Beschäftigten und Bürger\*innen sind Akteure wie Träger der großen Transformation. Es geht nicht nur um einen Climate Change, sondern um einen System Change.

Theoretische Grundlage des New Deal und des Green New Deal ist ein kritisches Verständnis von kapitalistischer Wirtschaft mit der Konsequenz, dass die assoziierten Bürger\*innen über die organisierte Gewalt (Staat) die gesellschaftliche Wert-

schöpfung umorganisieren müssen, um über die Ausgestaltung des öffentlichen Kapitalstocks im privatkapitalistischen Sektor und der gesellschaftlichen Arbeit eine neue Qualität des gesellschaftlichen Stoffwechsels durchzusetzen.

## Zum Stoffwechsel zwischen kapitalistischer Gesellschaft und Natur

Das aktuelle Wirtschaftsmodell ist an seine planetaren Schranken gestoßen. Im Sonderbericht des Weltklimarats wird prognostiziert, dass die Erderwärmung zwischen 2030 und 2052 bei einer Fortsetzung des aktuellen Kurses 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau liegen wird. Ohne Neuausrichtung der Wirtschaft ist es jedoch wahrscheinlicher, dass wir auf eine Erwärmung zwischen drei und fünf Grad zusteuern. Das liegt unter anderem daran, dass die Reduzierung der Treibhausgase bei einem Wirtschaftswachstum von mehr als 1,9% zunichte gemacht wird. Derzeit wächst das globale BIP um 3%. Eine Begrenzung der Erderwärmung auf unter zwei Grad ist daher mit der bisherigen kapitalistischen Produktionsweise nicht vereinbar.

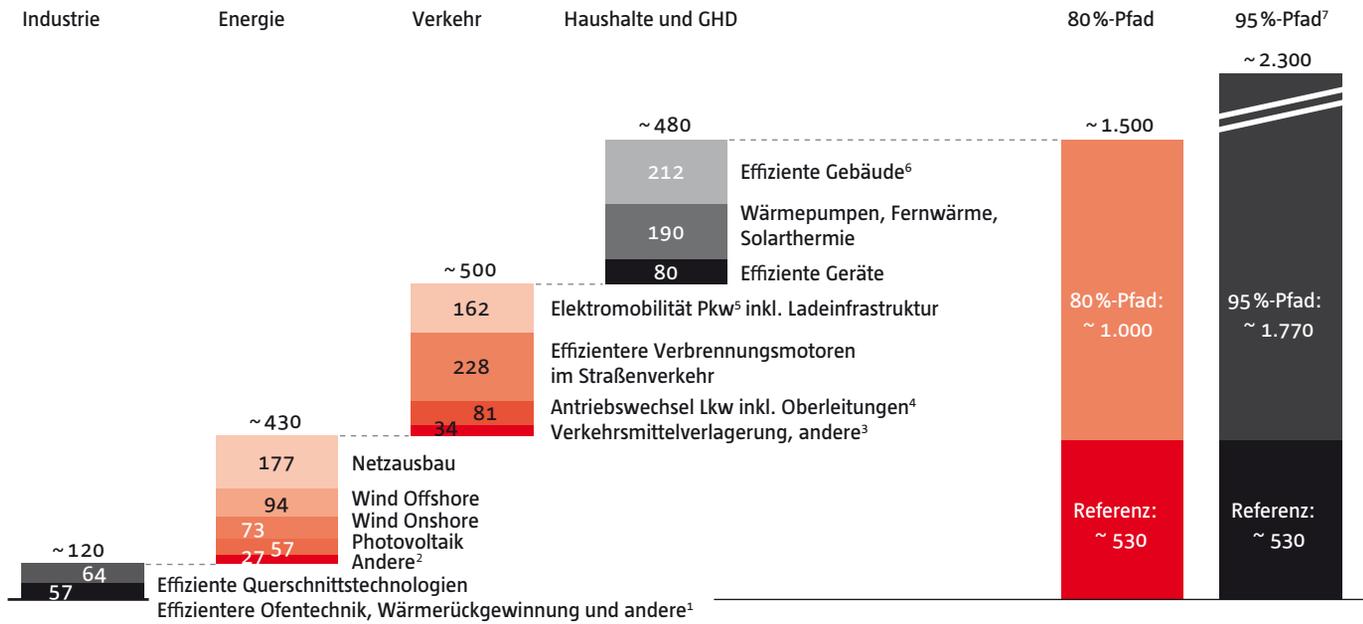
Um die Klimakrise einzudämmen, müssen die Produktivkräfte ökologisch ausgerichtet und der Wohlstand mit einem geringeren Ressourcenverbrauch erarbeitet werden. Schienenverkehr, Öffentlicher Nahverkehr, Ladesäuleninfrastruktur, Glasfasernetze sind auszubauen. Es braucht eine Förderung von E-Mobilität, Forschung an neuer Wasserstoff-Antriebstechnik für die Stahlerzeugung und die chemische Industrie, für die Entwicklung von klimafreundlichen Schiffen, Bahnen, Lastwagen oder Flugzeugen. E-Highway-Strecken, Wärmenetze, energetische Gebäudesanierung und der Ersatz von Öl- und Gasheizungen benötigen öffentliche Unterstützung. Weiter geht es um die Rettung der Wälder, die Erhöhung von Deichen und die Schaffung von mehr Retentionsräumen für Flüsse und die Schaffung einer klima- und tierschutzgerechten Landwirtschaft. Der Investitionsbedarf ist daher sowohl bei Unternehmen als auch von öffentlicher Seite riesig. Bei allen Maßnahmen muss zudem strikt darauf geachtet werden, dass die bestehende soziale Spaltung reduziert wird.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat durch die Boston Consulting Group (BCG) und Prognos<sup>3</sup> die Kosten für eine Nachhaltigkeitsrevolution in der Klimapolitik für Deutschland schätzen lassen. Die Studie »Klimapfade für Deutschland« kommt zu dem Ergebnis, dass mit einer Fortsetzung derzeitiger Anstrengungen in Form bestehender Maßnahmen, beschlossener politischer und regulatorischer Rahmenbedingungen sowie absehbarer Technologieentwicklungen bis 2050 ca. 61% Treibhausgas (THG)-Reduktion gegenüber 1990 erreicht wird. Es verbleibt damit eine Lücke von 19% bis 34% zu den deutschen Klimazielen, bis 2050 eine Reduktion der Treibhausgase um 80% bzw. 95% zu erreichen.

Die kosteneffiziente Erreichung der Klimapfade erfordert in der Summe Mehrinvestitionen von 1,5 bis 2,3 Bio. Euro bis 2050 gegenüber einem Szenario ohne verstärkten Klimaschutz, davon ca. 530 Mrd. Euro für eine Fortschreibung bereits bestehender Anstrengungen (siehe Abbildung 1). Dies entspricht bis 2050 durchschnittlichen jährlichen Mehrinvestitionen von circa 1,2% bis 1,8% des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die direk-

## Abbildung 1: Notwendige Mehrinvestitionen nach Sektoren und Klimapfaden

Kumulierte Mehrinvestitionen, 2015 bis 2050 (Mrd. € real 2015)



<sup>1</sup> U.a. spezifische Energiesparmaßnahmen für Stahl, Chemie und Baustoffe, Beheizungssysteme und Gebäudeautomation, Ersatz fossiler Energieträger; <sup>2</sup> Gas, Speicher, Sonstige; <sup>3</sup> Inkl. effizientere Antriebe Bahn, Flugzeug und Schiff; <sup>4</sup> Bei schweren und leichten Nutzfahrzeugen: Elektromobilität, Brennstoffzellen, Oberleitungs-LKW inkl. OL-Infrastruktur; <sup>5</sup> Batterieelektrische, Plug-in-Hybrid- und Brennstoffzellen-Pkw; <sup>6</sup> Senkung des Raumwärmeverbrauchs durch Gebäudesanierung (Dämmung, Lüftung), Gebäudeautomation und effizientere Neubauten; <sup>7</sup> Inkl. Auslandsinvestitionen von 178€ Mrd. in synthetische Brenn-/Kraftstoffe

Quelle: BCG/prognos: Klimapfade für Deutschland, Januar 2018, S. 87.

ten volkswirtschaftlichen Mehrkosten nach Abzug von Energieeinsparungen lägen bei etwa 470 bis 960 Mrd. Euro bis 2050 (etwa 15 bis 30 Mrd. Euro pro Jahr), davon ca. 240 Mrd. Euro für bestehende Anstrengungen.

Bei optimaler politischer Umsetzung wären die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der betrachteten Klimapfade trotzdem neutral, im 80%-Klimapfad sogar im Szenario ohne eine entsprechende europäische Klimapolitik und/oder internationale Abkommen. Ohne eine solche international abgestimmte Klimapolitik wäre jedoch ein umfangreicherer Schutz gefährdeter Industrien nötig, um dem Risiko einer Schwächung industrieller Wertschöpfung zu begegnen – in Form eines wirksamen Carbon-Leakage-Schutzes und langfristig verlässlicher Ausgleichsregelungen für Industrien im internationalen Wettbewerb.

Für eine gemeinsame europäische Klimapolitik bietet die strategische Agenda der EU für 2019 bis 2024 eine Basis: Dem Konzept der EU als Binnenmarkt, basierend auf Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit, wird mit der »Verwirklichung eines klimaneutralen, grünen, fairen und sozialen Europas« eine neue gleichwertige Priorität zur Seite gestellt. Es ist vom Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaft, von einer umfangreichen Mobilisierung privater und öffentlicher Investitionen, von der Beschleunigung des Übergangs zu erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz die Rede.

In ihrer Vision »Sauberer Planet für alle« stellt die EU-Kommission fest, dass 2,8% des BIP investiert werden müssen, um eine klimaneutrale Ökonomie zu erreichen. Das sind jährlich rund 520 bis 575 Mrd. Euro. Der Europäische Rechnungshof schätzt, dass zur Erreichung der EU-2030-Ziele jährlich rund 1.115 Milliarden Euro Investitionen zwischen 2020 und 2030

erforderlich sein werden, vor allem im Verkehrs-, Wohnungs- und Dienstleistungssektor. Der Europäische Rat müsste deshalb ein Klimafinanzierungspakt auf die Beine stellen, das massive Investitionen in energetische Gebäudesanierung, in das Schienennetz und alternative Energien ermöglicht.

Das »Klimakabinett« der Bundesregierung hat jüngst Vorschläge für eine »Wende« vorgelegt.<sup>4</sup> Darin ist von einem Finanzvolumen von über 54 Mrd. Euro bis 2023, also jährlich 13,5 Mrd. Euro die Rede. Bei dem vorgeschlagenen Maßnahmenbündel hat sich das vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil (SPD) geforderte »Klein-Klein« durchgesetzt. Für mehr Klimaschutz in Deutschland soll ein CO<sub>2</sub>-Preis Benzin und Diesel, Heizöl und Erdgas verteuern. Die Bepreisung soll 2021 mit einem Festpreis für Verschmutzungsrechte von 10 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> starten. Bis 2025 soll der Preis schrittweise auf 35 Euro steigen.

Vor allem in der Schlüsselfrage Emissionshandel, bei dem die Industrie Verschmutzungsrechte für den Ausstoß kaufen muss,

<sup>1</sup> Vgl. dazu: Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Aufstieg der »modernen Rechten«, in Sozialismus.de, Heft 6/2019.

<sup>2</sup> Siehe hierzu Redaktion Sozialismus: Green New Deal und system change, in: Sozialismus.de, Heft 9/2019.

<sup>3</sup> The Boston Consulting Group und Prognos: Klimapfade für Deutschland, Januar 2018.

<sup>4</sup> Eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Klimaplan kann an dieser Stelle nicht erfolgen. Die Kritik von Umweltverbänden und der grünen und linken Oppositionsparteien richtet sich neben dem Verzicht auf eine CO<sub>2</sub>-Steuer (siehe dazu auch den Beitrag von Axel Troost und Rainald Ötsch in diesem Heft sowie Redaktion Sozialismus: Neustart der Klimapolitik mit CO<sub>2</sub>-Steuer?, Sozialismus.deAktuell vom 12. Juli 2019) und dem viel zu niedrigen Einstiegspreis beim Emissionshandel u.a. auch auf die unzureichenden Investitionssummen in die öffentliche Infrastruktur. Ein weiterer Kritikpunkt ist die ungenügende Berücksichtigung der sozialen Spaltung.

oder CO<sub>2</sub>-Steuer, haben sich die Unionsparteien durchgesetzt, die auf keinen Fall eine Steuererhöhung wollten. Damit stellt sich die Bundesregierung auch gegen den Rat des Sachverständigenrates, der in einem Sondergutachten für die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer als effektive, schnell greifende Maßnahme zur Erreichung der Klimaziele plädiert hatte. »Der Bundesregierung bietet sich aktuell die große Chance, die ordnungsrechtlich geprägte Klimapolitik der Vergangenheit hinter sich zu lassen. Durch eine konsequente Bepreisung von Treibhausgasemissionen kann sie die dringend benötigte Kurskorrektur der deutschen Klimapolitik vornehmen. Diese Neuausrichtung der Klimapolitik sollte die einer kleinteiligen Zielsetzung folgende Detailsteuerung ersetzen und sich an marktwirtschaftlichen Instrumenten orientieren. Nur so können die vereinbarten Klimaziele volkswirtschaftlich effizient erreicht werden.«

Die Einführung einer sozial ausgestalteten CO<sub>2</sub>-Steuer ist eine der besten Optionen zur Erreichung des Zieles der Klimaneutralität, reicht allerdings allein nicht aus. Die Abgabe würde die Emissionen zwar mindern, die Klimaziele würden dadurch aber nur zu einem Drittel erreicht. Langfristig werden Deutschland und die EU treibhausgasneutral wirtschaften müssen.

## Öffentliche Investitionen

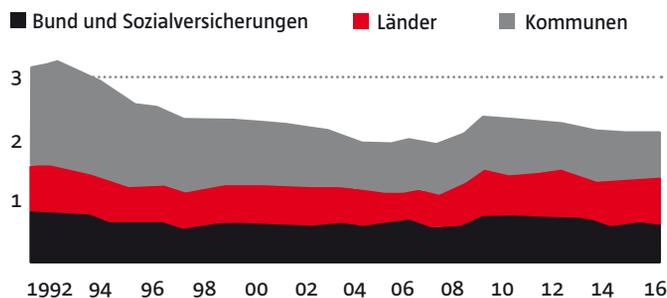
Der Investitionsbedarf ist enorm. In den letzten Jahrzehnten wurde die öffentliche Infrastruktur tendenziell auf Verschleiß gefahren (siehe Abbildung 2). Die öffentliche Investitionsquote Deutschlands lag noch Anfang der 1970er Jahre bei beinahe 5% der Wirtschaftsleistung. Danach ist sie im Trend immer weiter gefallen und liegt heute bei der Hälfte. 2018 investierten nur vier von 28 EU-Staaten weniger als Deutschland. Die gesamten öffentlichen Investitionen liegen bei uns gerade einmal bei 2,3% der Wirtschaftsleistung – Tendenz fallend. Im Durchschnitt der EU werden immerhin 2,9% erreicht. Allein die Differenz zum europäischen Durchschnitt beträgt 18 Mrd. Euro jährlich. Und Länder wie Schweden oder Finnland investieren noch deutlich mehr. In den Kommunen klafft eine öffentliche Investitionslücke für Infrastrukturmaßnahmen von 138 Mrd. Euro. Viele Kommunen können diese Lücke aber nicht schließen, weil sie keine Investitionen finanzieren können. Allein im kommunalen Bereich fehlen rund 140 Mrd. Euro zur Sanierung maroder Schulen, Straßen und Brücken, kommunale Altschulden von 43 Mrd. kommen hinzu. Beim Wohnungsbau fehlen jährlich 15 Mrd. Euro, bei Bildung und Forschung 35 Mrd. Euro, Klimaschutz und Digitalisierung sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Insgesamt geht es, vorsichtig geschätzt, um einen zusätzlichen Investitionsbedarf – zusätzlich zur Nachhaltigkeitsrevolution – von mindestens 450 Mrd. Euro in den nächsten zehn Jahren.

## Soziales Wohnen

Für immer mehr Menschen wird die Chance auf eine bezahlbare Wohnung aussichtslos. Geringverdiener haben immer schlechtere Karten, eine Wohnung zu finden. Selbst Durchschnittsverdiener stoßen in vielen Städten auf enorme Probleme bei der Wohnungssuche – bis weit in die Mittelschicht hinein sind Neubaumieten nicht mehr bezahlbar. Der Grund: Die Nachfrage

## Abbildung 2: Öffentliche Investitionen der föderalen Ebene in Deutschland

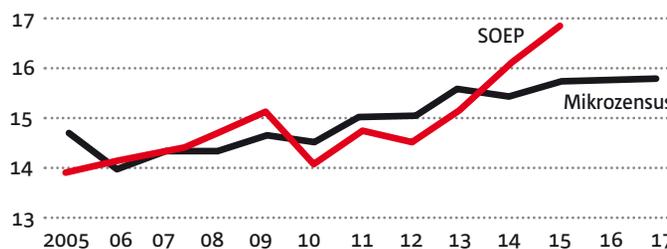
in % des BIP



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen

## Abbildung 3: Armutsquoten nach SOEP und Mikrozensus im Zeitverlauf

in %



Quelle: Der Paritätische 2018, Fünfter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

nach Wohnraum ist nun schon seit Jahren in den Ballungsgebieten und Wachstumsregionen Deutschlands weitaus höher als das Angebot. Permanent steigende Mieten und Immobilienpreise sind die Folge. Für immer mehr Haushalte, insbesondere für einkommensschwächere Haushalte, ältere Menschen sowie sozial benachteiligte Gruppen wie z.B. Menschen mit Behinderungen, sind die ständig steigenden Mieten in diesen Regionen nicht mehr leistbar.<sup>5</sup>

Gleichzeitig nehmen die Bestände an Sozialmietwohnungen von Jahr zu Jahr ab. Bezahlbarer Wohnraum wird in den Ballungsgebieten und Wachstumsregionen kaum noch neu gebaut. Trotz des Wohngipfels und der Aktivitäten diverser Kommissionen sind die Baugenehmigungen für neue Wohngebäude bereits seit 2016 wieder rückläufig. Aktuell werden nur 27.000 statt 80.000 Sozialmietwohnungen und etwa 3.000 statt 60.000 bezahlbare Wohnungseinheiten in Deutschland neu gebaut. Außerdem wurden nur rund 20.000 statt 75.000 Bestandswohnungen durch Modernisierung und Ankauf von Belegrechten als Sozialmietwohnungen gesichert. Vor diesem Hintergrund fordert das Verbändebündnis »Soziales Wohnen«:

- Ab sofort müssen jährlich mindestens 80.000 neue Sozialmietwohnungen entstehen und weitere 75.000 Bestandswohnungen durch Modernisierung und Ankauf von Belegrechten gesichert werden, um bis zum Jahr 2030 den Bestand an Sozialmietwohnungen von gegenwärtig weniger als 1,2 Mio. Wohnungen wieder auf über zwei Mio. Sozialmietwohnungen zu stabilisieren.
- Bei einem durchschnittlichen Subventionswert in Höhe von 60.000 Euro je neu gebauter Sozialmietwohnung erfordern

80.000 Neubausozialwohnungen pro Jahr 4,8 Mrd. Euro an Mitteln von Bund und Ländern. Zusätzlich müssen für 75.000 Sozialbindungen pro Jahr durch Modernisierungsförderungen und Ankauf von Belegrechten weitere 1,5 Mrd. Euro an Fördermitteln im sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden. Da im Jahr 2018 von Bund und Ländern insgesamt nur 2,4 Mrd. Euro an Fördermitteln (1,5 Mrd. Euro vom Bund und 0,9 Mrd. Euro von den Ländern) für sozialen Wohnungsbau bereitgestellt wurden, müssen diese Etatmittel jährlich um rund 3,9 Mrd. Euro auf insgesamt 6,3 Mrd. Euro erhöht und mindestens für 10 Jahre in dieser Größenordnung bereitgestellt werden.

- Außerdem müssen für Haushalte, die nur geringfügig über den Einkommensgrenzen für die Bewilligung von Wohnberechtigungsscheinen liegen, jährlich mindestens 60.000 bezahlbare Wohnungen insbesondere in den Ballungsgebieten und Wachstumsregionen neu gebaut werden. Für den Neubau von 60.000 (statt der lediglich rund 3.000 in 2018 neu entstandenen) bezahlbaren Wohnungen sind noch einmal mindestens drei Mrd. Euro pro Jahr erforderlich. Die Miete der so geförderten Wohnungen muss dann auch langfristig auf einem bezahlbaren Level gehalten werden.
- Das von den Kommunen für die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung zu stellende Bauland sollte einen Preis bis maximal 300 Euro pro Quadratmeter Bauland nicht überschreiten. Liegen die Grundstückspreise darüber, hat der soziale Wohnungsbau praktisch keine Chance mehr.
- Das Bündnis »Soziales Wohnen« fordert zudem, Wohn-Diskriminierung entschieden entgegenzutreten. So sollen künftig 10% aller neuen, barrierefrei gebauten Sozialmietwohnungen betroffenen Gruppen – u.a. Älteren, körperlich Behinderten oder Demenzerkrankten – zur Verfügung gestellt werden. In den Kommunen müssten für diesen Zweck »Wohn-Härtefallkommissionen« etabliert werden. Die würden dann über das 10-Prozent-Kontingent der zu vergebenen Sozialwohnungen entscheiden.

Die Wohnungsbestandspolitik muss vorrangig nach sozialen Kriterien neu ausgerichtet und der Zugang benachteiligter Haushalte in den vorhandenen Wohnungsbestand spürbar verbessert



Karikatur: Economist

werden. Durch Neubau allein wird das Problem der ständig steigenden Mieten und der Verdrängung von Menschen aus ihren Quartieren, weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten können, nicht gelöst werden.

## Soziale Mindestsicherung für die Benachteiligten

Die Armut in der Berliner Republik hat ein Rekordhoch erreicht. Egal, ob man die Daten des Statistischen Bundesamtes heranzieht oder die des DIW: Die Armutsquote markiert einen Höchststand seit der Wiedervereinigung. Nach dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes beträgt sie 15,8%, nach dem Sozio-oekonomischen Panel des DIW sind es sogar 16,8%. Rechnerisch sind damit mindestens 13,7 Mio. Menschen betroffen. Noch nie lebten seit der Wiedervereinigung mehr Menschen in Deutschland unter der Armutsgrenze (siehe Abbildung 3).

Dieser Negativrekord steht am (bisherigen) Ende einer Entwicklungstendenz, die seit den 1990er Jahren festzustellen ist. Damals lag die Armutsquote noch um die 11%. Armuts- und Wirtschaftsentwicklung haben sich trotz guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen entkoppelt. Der Anstieg der Armut erfolgt trotz abnehmender Arbeitslosenquote und trotz zunehmender Erwerbstätigenzahlen.

Die Kinderarmut in Deutschland ist anhaltend hoch. Nicht nur jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut, sondern auch jeder fünfte arme Mensch in diesem Land ist ein Kind. Was die einkommensarmen Haushalte mit Kindern anbelangt, sind es vor allem Alleinerziehenden-Haushalte (14,7% der Armen), die ins Auge fallen, und Paalhaushalte mit drei und mehr Kindern (13,6% aller Armen). Insbesondere Personen in Ausbildung (30,4%) und Arbeitslose (62,9%) sind von Armut betroffen.<sup>6</sup> Haupterwerbstätige weisen mit 9,2% die insgesamt niedrigste Armutsquote auf. Damit ist aber immerhin beinahe jede\*r zehnte Erwerbstätige arm! Das zeigt, dass auch Haupterwerbstätigkeit nicht vor Armut schützt.

Zur Bekämpfung der sozialen Spaltung bedarf es eines ganzen Sets von Maßnahmen, die aufeinander abgestimmt werden müssen. Jede\*r muss von seiner bzw. ihrer Arbeit leben können. Für die, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, muss eine auskömmliche gesellschaftliche Mindestsicherung sichergestellt werden.

- Im Zentrum der Bekämpfung der Einkommensarmut von Lohnabhängigen<sup>7</sup> steht die Erhöhung der Arbeitseinkommen (was nur mit starken Gewerkschaften zu haben ist), die Eindämmung aller Formen von prekärer Beschäftigung sowie die Erhöhung des Mindestlohns.
- Wir brauchen eine Reform der Arbeitslosenversicherung, um bei Arbeitslosigkeit Armut zu vermeiden. Dabei geht es zum einen um einen erleichterten Leistungsbezug und längere Bezugszeiten. Außerdem muss für die, die bereits bei einer

<sup>5</sup> Siehe dazu auch Redaktion Sozialismus: Mietenwahnsinn in Deutschland, Sozialismus.deAktuell vom 6. April 2019; Joachim Bischoff/Bernhard Müller, Der Immo-Boom verstärkt die soziale Ungleichheit, Sozialismus.deAktuell vom 3. Juli 2019.

<sup>6</sup> Zur Entwicklung der Altersarmut siehe den Beitrag von Bernhard Müller in diesem Heft.

<sup>7</sup> Siehe dazu Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Prekarisierung der Lohnarbeit, Sozialismus.deAktuell vom 26. Juni 2019; dies.: Mindestlohn im Niedriglohn-Paradies, Sozialismus.deAktuell vom 18. Juli 2019.

Vollzeitbeschäftigung an oder gar unter der Armutsgrenze leben, eine armutsfeste Perspektive in der Arbeitslosenversicherung geschaffen werden, die deutlich länger als heute ein Abrutschen in die Grundsicherung verhindert. Ein Mindestarbeitslosengeld in Höhe von etwa 800 Euro für ehemals vollzeiterwerbstätige Arbeitslosengeldbeziehende wäre ein wesentlicher Schritt.

- Notwendig ist ein Kurswechsel, weg von kurzfristigen Eingliederungsmaßnahmen, hin zur individuellen Förderung von arbeitslosen Menschen. Das bestehende Hartz-IV-Sanktionsregime muss abgeschafft und durch eine individuelle Förderung ersetzt werden, die Arbeit honoriert und durch großzügigere Selbstbehalte für eigenes Einkommen flankiert wird.
- Schließlich geht es um die Einführung einer Kindergrundsicherung sowie Mindestausbildungsleistungen, um Ausbildung und Studium ohne Armut zu gewährleisten. Und um armutsfeste Renten. Das Rentenniveau sollte deshalb wieder auf 53% – dem Stand vor Einführung der sogenannten Riester-Rente – angehoben werden, um eine lebensstandardsichernde Alterssicherung für die große Mehrheit der zukünftigen und heutigen älteren Menschen gewährleisten zu können. Für diejenigen, die dennoch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen sind, sollte der Regelbedarf grundsätzlich um zehn Prozent erhöht und ein zusätzlicher Freibetrag für Leistungen der Rentenversicherung, leistungsabhängig zwischen 100 und 180 Euro monatlich, eingeführt werden.

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen bedarf es einer weitgehenden Reform des Steuersystems, die Vermögen und höhere Einkommen stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt.

## Was kostet ein erweiterter Green New Deal?

Angesichts der großen Herausforderungen

- Nachhaltigkeitsrevolution (Zurückdrängung der Treibhausgase, Dekarbonisierung etc.),
- öffentliche Infrastruktur,
- kommunales Wohnungsbauprogramm,
- Bekämpfung von sozialer Spaltung

brauchen wir neue Wege zur Finanzierung intelligenter, inklusiver und nachhaltiger Investitionen (siehe auch Tabelle 1). Es geht um einen Mix aus verschiedenen Maßnahmen:

- Die öffentlichen Haushalte müssen umstrukturiert und die zulässige Neuverschuldung<sup>8</sup> ausgeschöpft werden. Darüber hinaus geht es um den Einsatz der Mittel aus einem europäischen New Deal-Paket.
- Wir brauchen den Ausbau der öffentlichen Investitionsbank (z.B. Kreditanstalt für Wiederaufbau).
- Anleihen zur Erschließung vorhandener Geldvermögen privater Haushalte sind gängige Instrumente, mit denen sich Unternehmen und auch die öffentliche Hand Geld bei Investoren und privaten Anlegern leihen. Dabei löst der Käufer von Anteilen eines öffentlichen Fonds einen Kredit aus und erhält im Gegenzug die Zusage für einen bestimmten Zinssatz und die Rückzahlung des Geldes nach Ende der Laufzeit. Die von der CSU vorgeschlagene Verzinsung von 2% für Klima-An-

**Tab. 1: Kostenrahmen eines Green New Deal 2020-2030 (in €)**

Bereich	Kostenschätzung jährlich
Nachhaltigkeitsrevolution	15 bis 30 Mrd. Euro
Öffentliche Infrastruktur	20-30 Mrd. Euro
Kommunaler Wohnungsbau	15 Mrd.
Ausbau Sozialstaat/Bekämpfung sozialer Spaltung (Mindestsicherungen, Pflege, Renten)	20 Mrd. Euro
Kosten insgesamt bis 2030	Ca. 800 Mrd. bis eine Bio.

leihen ist hoch: Die in diesem Jahr ausgegebenen Anleihen des Bundes sehen beispielsweise Zinsen von 0,0 oder 0,25% vor.

- Schließlich geht es auch um eine Steuerreform, die die Schiefelage bei Einkommen und Vermögen abbaut.<sup>9</sup> Besserverdienende und Vermögende müssen über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine Grundsteuer, die die Gewinne des Immobilienkapitals abschöpft, etc. zur Finanzierung des erweiterten Green New Deals herangezogen werden.

Investitionen in neue, innovative Bereiche sind riskant und der Unternehmensbereich ist aktuell nicht zu Investitionsprojekten bereit, bis mehr Sicherheit über die künftigen Renditen besteht. Daher spielen öffentliche Einrichtungen traditionell eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von langfristigem Finanzkapital. Von technologischen Durchbrüchen wie dem Internet bis hin zu ökologischen Herausforderungen wie der Bekämpfung des Klimawandels hat die öffentliche Finanzierung einige unserer bedeutendsten Innovationen angestoßen.

In vielen Ländern wird langfristig orientiertes Finanzkapital zunehmend von öffentlichen Investitionsbanken zur Verfügung gestellt. Dabei kann es sich um nationale Einrichtungen wie die KfW in Deutschland oder multilaterale Institutionen wie die Europäische Investitionsbank handeln. Weil diese Banken in der Regel nicht unter Druck stehen, kurzfristige Renditen zu erzielen, können sie längerfristige Finanzierungen anbieten, die breiter gesteckte gesellschaftliche und ökologische Ziele priorisieren und einen anderen Ansatz in Bezug auf Risiken und Chancen verfolgen als Institute aus dem privaten Sektor.

Bis vor kurzem haben sich die öffentlichen Investitionsbanken hauptsächlich auf Investitionen in die Infrastruktur und antizyklische Kreditvergaben konzentriert. Jetzt jedoch haben viele von ihnen aktivere, »missionsorientiertere« Rollen übernommen, um den zentralen gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen.

<sup>8</sup> Die Grenze der Neuverschuldung setzt die im Grundgesetz verankerte »Schuldenbremse«, die seit ihrer Einführung 2009 ihren Anteil am Rückgang der öffentlichen Investitionen und dem Abbau sozialstaatlicher Strukturen hat, sodass heute selbst das Institut der deutschen Wirtschaft sie als Investitionsbremse ausmacht. Sie muss auch und gerade angesichts der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, abgeschafft werden, was allerdings entsprechende politische Mehrheiten erfordert. Vgl. dazu: Bernhard Müller, Schuldenbremse light: ein Fortschritt, aber nicht der »kluge Weg«, Sozialismus.deAktuell vom 9. Juni 2019.

<sup>9</sup> Siehe dazu Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Das deutsche Ungleichheitssystem, Sozialismus.deAktuell vom 1. Mai 2019.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).  
Ich möchte die Buchprämie  Weltküche  Müller  Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).  
Ich möchte die Buchprämie  Weltküche  Müller  Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)